

# Nach der Wahl ist vor der Wahl

## **Vorarbeiten für eine Novellierung des Schulgesetzes sofort beginnen, damit neue Gesamtschulen zum Schuljahrsbeginn 2008/2009 beginnen können**

Die Wahl ist vorbei, der politische Alltag hat begonnen. Jetzt wird sich zeigen, was Aussagen und Versprechungen vor der Wahl wert sind. So hat der alte und neue Ministerpräsident wenige Monate vor der Wahl zur Überraschung vieler angekündigt, das in Deutschland einmalige gesetzliche Verbot, neue Gesamtschulen einzurichten, nach der Wahl aufzuheben. Mit dieser Ankündigung hat er die Hoffnung vieler Tausender Eltern geweckt, für ihre Kinder nach langem Warten alsbald einen Platz in einer Gesamtschule zu finden. Es ist zu hoffen, dass sein Versprechen das Ergebnis eines langen Lernprozesses ist und nicht nur ein wahltaktisches Manöver war.

Wir Freunde und Befürworter der Gesamtschule als einer für alle gerechten Schule in einer demokratischen Gesellschaft erwarten, dass die Vorarbeiten für eine Novellierung des Schulgesetzes sofort beginnen und zügig abgeschlossen werden, so dass die neuen Gesamtschulen zum Schuljahrsbeginn 2008/2009 ihre Arbeit aufnehmen können, Jede weitere Verzögerung würde die Glaubwürdigkeit des Versprechens des Ministerpräsidenten und dessen selbst in Frage stellen.

Wir erwarten, dass das Verbot von Erhebungen und Elternbefragungen zu neuen Gesamtschulen sofort aufgehoben wird. Nur so wird es möglich sein, Planungen und Vorarbeiten für den Beginn neuer Gesamtschulen rechtzeitig und sorgfältig durchzuführen. Nur dann kann der Schulträger auch seiner Pflicht nachkommen, den Bedarf als Grundlage für einen Antrag auf Genehmigung festzustellen. Auch unter diesem Aspekt würde jede Verzögerung der Glaubwürdigkeit schaden.

Wir erwarten, dass gegen die Einrichtung neuer Gesamtschulen nicht weiterhin Einschränkungen erhoben werden. Wir gehen dabei auch von der Gültigkeit und Beachtung des Urteils des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs vom 8. Mai 1996 aus. Nach diesem Urteil, das die Integrierte Gesamtschule gleichsam als gleichberechtigte Schulform anerkennt, ist der Schulträger nicht verpflichtet, neben einer Integrierten Gesamtschule andere Schulen wie Hauptschule, Realschule oder Gymnasium vorzuhalten. Es wäre also auch aus rechtlichen Gründen falsch, die Einrichtung einer neuen Gesamtschule vom Weiterbestand von Schulen des gegliederten Schulsystems am Standort abhängig zu machen. Im übrigen gibt es seit Beginn der Gesamtschulen in Niedersachsen Gesamtschulen als Ersatz- und nicht nur Ergänzungsschulen, wie zum Beispiel in Fürstenau bei Osnabrück oder in Bodenfelde an der Weser oder an weiteren Standorten. Eine solche Einschränkung wäre nicht nur ein Verstoß gegen das genannte Urteil, sondern würde ganz besonders Eltern und Schulträger in ländlichen Gebieten treffen. Gerade dort ist auch unter demografischen und ökonomischen Gründen ein vollständiges Schulangebot vonnöten, und das kann ein gegliedertes Schulsystem nicht mehr leisten. An einem solchen vollständigen Schulangebot sind zudem Schulträger schon wegen der damit verbundenen höheren Standortqualität interessiert.

Wir erwarten, dass die neue Landesregierung in dieser Situation keinen Irrweg einschlägt und Hauptschulen und Realschulen zu einer neuen Schulform unter welchem Namen auch immer zusammenfasst. Dass Haupt- und Realschulen unter bestimmten Bedingungen kooperieren, gibt es seit langem, sie zu einer neuen Schulform zu vereinen und dem Gymnasium den Rang einer elitären Schule zuzuweisen, würde das Grundübel des gegliederten Schulsystems, die vielfach sozial bedingte Auslese nach dem vierten Schuljahr, nicht beseitigen, sondern wahrscheinlich noch verstärken.

Im Interesse der Eltern, die für Ihre Kinder einen Gesamtschulplatz wünschen, aber auch unter dem Aspekt einer Schule, die allen Kindern gerecht wird und gleiche Bildungschancen bietet, kann man der neuen Landesregierung nur wünschen, Versprechungen einzuhalten und der Gesamtschule Entwicklungsmöglichkeiten einzuräumen, die es ihr ermöglichen, zu den besten Schulen Deutschlands zu gehören. Wir müssen darauf Einfluss nehmen, dass das hoch selektive, gegliederte Schulsystem behutsam und mit Augenmaß in ein international wettbewerbsfähiges System überführt wird, das jedes Kind individuell fördert und fordert (Dieter Dornbusch, der neu gewählte Vorsitzende des Bundeselternrates).

---

\* Ministerialrat a.D., Referent im niedersächsischen Kultusministerium von 1971 bis 1989, u.a. zuständig für Gesamtschulen und deren Gründung